



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. März 2021
Kantonsratspräsidentin Fanaj Ylfete

P 195 Postulat Zehnder Ferdinand und Mit. über die Bildung eines Tourismus-Clusters / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Claudia Huser Barmettler beantragt Ablehnung.
Ferdinand Zehnder hält an seinem Postulat fest.

Ferdinand Zehnder: Der Regierungsrat anerkennt die Wichtigkeit des Tourismus. Seine Bedeutung und die Strahlkraft für den Kanton Luzern wurden gar im Legislaturprogramm festgehalten. Der Nutzen einer Vernetzung der Anbieter, sowohl der Fachhochschule wie auch der Leistungsanbieter, ist erwiesen und wird auch von der Regierung nicht bestritten. Nirgendwo sonst gibt es eine solche Dichte an Ausbildung und gleichzeitig an praktischen Anwendungsmöglichkeiten. Wieso nicht noch eine weitere Vernetzung von Forschung, Entwicklung und Detailhandel? Dieses Potenzial wird uns praktisch auf einem Silbertablett präsentiert. In seiner Stellungnahme schreibt der Regierungsrat, dass die Initiative dazu von den Unternehmen kommen soll. Ja klar, im November 2019 habe ich das Postulat eingereicht mit der Hoffnung auf einen Anstoss zu einem Thema, das über alle Parteien hinweg Anklang findet. Damals war die Situation aber komplett anders. Wer hätte das gedacht, damals hätte ich auch mit einer teilweisen Erheblicherklärung leben können. Doch gerade in dieser Krise ist es wichtig, dass wir uns vorbereiten. Jetzt haben wir die Gelegenheit, unsere Strukturen und die Bildungsinstitutionen näher zusammenzubringen. Diese befinden sich wahrscheinlich noch im Corona-Modus. Die Institutionen und Träger könnten sich die Organisation einer Vernetzung vorstellen, haben aber selber keine Kraft, um den ersten Schritt zu unternehmen. Studenten, Schüler im Homeschooling, abgesagte Lehrgänge sowie keine nationalen oder internationalen Studenten, und Ausbildungs- und Praktikumsplätze sind eine Rarität oder laufen unter Kurzarbeit. Fallstudien bei geschlossenen oder eingeschränkten Tourismusbetrieben gehen der Frage nach, wie das denn möglich ist. Es braucht jetzt eine gewisse Hartnäckigkeit. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um den Cluster voranzutreiben. Es braucht eine Initialzündung, eine Starthilfe. Die Stadt Luzern erarbeitet zurzeit die Tourismusvision 2030. Die Schulen und Bildungsklassen werden in Zukunft immer wichtiger sein. Wir alle wollen schliesslich einen nachhaltigen, vernetzten Tourismus zum Wohle aller. Ich habe vernommen, dass bereits Gespräche zwischen Institutionen geführt werden. Die Rede ist auch von einem Innovationshub, dem Tourismushub Luzern, nicht nur im Marketing, sondern mit dem Fokus Positionierung, eine Art Testküche mit Forschung und Tourismusedwicklung bis hin zum Detailhandel. Deshalb ist wohl die Luzern Tourismus AG (LTAG) die falsche Institution, die sich um diesen Cluster kümmern soll. Vielmehr soll der Kanton einen Initialzünder veranlassen, eine Starthilfe. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Claudia Huser Barmettler: Der Tourismus ist für den Kanton ein zentraler, wichtiger

Wirtschaftsfaktor. Viele Beschäftigte sind direkt oder nachgelagert vom Tourismus abhängig. Mitunter deswegen gibt es die weltweit bekannte Marke «Luzern»; wo immer man hingehet – «the chapel bridge» kennt man. Auch deswegen leiden wir etwas mehr unter der Krise, weil viele Angestellte aus dem Gastro- und Tourismusbereich nicht arbeiten dürfen. Das ist nicht gut, und gerade deshalb braucht es die Härtefallregelungen. Die Krise führt uns aber auch vor Augen, dass unsere Wirtschaft und die Wertschöpfung sehr konzentriert auf wenige Branchen ausgerichtet sind; eine davon ist der Tourismus. Wir verfügen über eine Reihe von sehr guten und bekannten Bildungsstätten. Diese werden im Postulat aufgeführt: die Hochschule Luzern, das Institut für Tourismuswirtschaft, die Höhere Fachschule für Tourismus Luzern (HFT), die Schweizerische Hotelfachschule Luzern (SHL), das World Tourism Forum Lucerne usw. Mit der LTAG sowie der Destinationenmanagementorganisation haben wir zwei Organisationen, die zum Teil sogar über diese Leistungsvereinbarung gesteuert sind und vom Kanton die Koordination als Auftrag erhalten haben. Die Regierung erwähnt es in ihrer Stellungnahme mehrmals: Erstens wurde so etwas wie ein Cluster bereits umgesetzt. Zweitens: Wenn so etwas geschaffen werden soll, dann muss es von der Branche aus und nicht vom Kanton kommen. Drittens – und das fügen wir von der GLP gerne an – soll sich der Tourismus weiterentwickeln. Eine weitere Verstärkung der Konzentration des Kantons auf den Tourismus erachten wir weder als richtig noch als zielführend. Wir tragen bereits ein Klumpenrisiko. Gesamtwirtschaftlich gesehen braucht es eher eine Diversifizierung des Branchenmixes und keine weitere Konzentration. Ein staatlicher Eingriff ist hier weder notwendig noch rollenkonform. Aus diesen Gründen lehnt die GLP-Fraktion das Postulat ab.

André Marti: Cluster sind in der Wirtschaft ein interessantes Phänomen. Sie haben sowohl positive wie auch negative Seiten. Ein Tourismus-Cluster in Luzern ist in erkennbaren Ansätzen bereits Realität. Die Frage lautet nicht, ob wir einen solchen wollen oder nicht, sondern was die Rolle des Staates ist. Kann die Politik den Aufbau eines Clusters beschliessen? Ja, um es etwas überspitzt zu formulieren: in China oder Nordkorea ist das möglich. Es braucht sehr viele Mittel dazu und ein autoritäres System. Dieser Ansatz widerspricht aber grundlegend unserer liberalen Wirtschaftsordnung. In unserem wirtschaftlichen System müssen solche Entwicklungen aus den Branchen und von den Betrieben Bottom-up erfolgen. Erstaunlicherweise gibt es immer wieder Politiker – nicht nur in Luzern –, welche solche Ideen aufgreifen und den Staat im Lead sehen. Unsere Tourismuswirtschaft und unsere touristische Bildung sind wichtig und auf einem guten, hohen Niveau. Wir schaffen aus eigener Kraft, was für die Branche gut ist. Der Staat und die Politik sollen nicht übermütig werden und eine aktive gestaltende Rolle im Sinn einer Clustergestaltung übernehmen. Der Staat hat seine Rolle, welche er zu gegebener Zeit wahrnehmen soll. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft bei Bildungsangeboten, Raumentwicklung und Verkehrspolitik sind laufend an die Nachfrage aus diesem Markt anzupassen. Alles andere muss Bottom-up aus den Branchen heraus entstehen, ob im Tourismus oder anderen Branchen. Es braucht keinen staatlich verordneten, gelenkten Cluster. Das ist eine zum Scheitern verurteilte Planwirtschaft. Aus dieser Sicht sollte das Postulat abgelehnt werden. Wenn sich touristische Akteure aber zusammenschliessen und ihre Branche weiterentwickeln wollen, sollen sie das tun. Wenn sie gute Ideen haben, soll der Rat seiner Rolle entsprechend und begleitend mitmachen. Wenn daraus Projekte entstehen, die für die staatlichen Innovationsprogramme wie ein NRP-Programm geeignet sind, dann kann sich der Staat auch mit Fördergeldern beteiligen, aber nur als Unterstützung und nicht selber im Lead agierend. Das sieht auch der Regierungsrat, und er beantragt deshalb die teilweise Erheblicherklärung. Die FDP-Fraktion stimmt grossmehrheitlich der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Daniel Keller: Die Bildung eines Tourismus-Clusters ist an sich eine gute und innovative Idee, die in Angriff genommen werden soll. Die zentrale Frage lautet, wer die Führung übernimmt und wer primär für die Finanzierung zuständig ist. Als ehemaliges Vorstandsmitglied des Verbands Tourismus Luzern weiss ich aus Erfahrung, wie harzig die Zusammenarbeit mit einzelnen Organisationen sein kann. Ich denke dabei gerade an die

LTAG. Deshalb braucht es ein Engagement von der Basis, von unten her, Bottom-up, wie es die Regierung nennt, um etwas von Grund auf entwickeln und finanzieren zu können. Es wäre nicht stufengerecht und somit falsch, wenn eine Verordnung von oben kommt. Die SVP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Jörg Meyer: Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Ich plädiere für eine gewisse Entspannung, gerade nach dem Votum von André Marti. Jetzt ist kein politischer Showdown zwischen chinesischer Diktatur, Planwirtschaft oder reinem Liberalismus angesagt. Diese extreme Diskussion ist nicht förderlich. Letztlich ist es die Frage des Huhnes oder des Eis. Auch Daniel Keller meinte, dass es sich um eine gute Idee handelt. Wer soll jetzt aber zuerst handeln? Darüber können wir noch lange diskutieren, aber dann wird es keiner machen. Ich weiss aus meiner eigenen beruflichen Erfahrung im Gesundheitsbereich, dass jeder Akteur zuerst und zu Recht von seinen eigenen Interessen getrieben ist. Jetzt geht es darum, unverbindlich die Köpfe zusammenzustecken, Ferdinand Zehnder nannte es «Testküche». Der Postulant fordert keine Gründung einer Institution oder einer AG oder dass der Kanton 50 000 oder 100 000 Franken beisteuern soll. Gehen wir die Frage also entspannt und pragmatisch an. Wann hat das letzte Treffen zwischen den Akteuren stattgefunden? Wann hat sich die LTAG zuletzt mit der Hochschule, der Hotelfachschule oder der Richemont Fachschule Luzern ausgetauscht? Das macht keiner einfach so. Warum nimmt der Kanton diesen Ball nicht auf und seine Rolle aktiv wahr, indem er einlädt oder Anregungen macht? Dies ist doch eine ureigene Aufgabe des Kantons, weil er keine direkten oder wirtschaftlichen Eigeninteressen hat. Er hat ja keinen Leistungsauftrag und muss jeden Franken kalkulieren. Genau das ist die Rolle der Politik: Menschen und Organisationen zu zukunftsorientierten Themen zusammenzubringen. Das ist Wirtschaftspolitik. Es ist eine etwas vornehme Haltung, die der Kanton trotz aller Bereitschaft signalisiert. Der Kanton soll einladen, und die Branchen sollen die Einladung annehmen, dann müssen alle Akteure mindestens einen Schritt machen. Jemand soll diesen ersten Schritt machen, sonst diskutieren wir noch lange über Hühner oder Eier.

Korintha Bärtsch: Beim Votum von André Marti musste ich schmunzeln, als er das Wort Planwirtschaft aufgenommen hat. Ich habe das vor vier Jahren schon einmal gehört, als die Grünen in der Stadt Luzern mittels einer Motion eine Vision Tourismus 2030 gefordert hatten. Damals hat sich sogar der Chefredaktor der «Luzerner Zeitung» aufgefordert gefühlt, einen Kommentar abzugeben. Auch der damalige Tourismusdirektor sprach von Planwirtschaft und meinte, das gehe ja gar nicht. Kaum ein Jahr später kippte die Stimmung plötzlich, man gab den Grünen recht, die Stadt Luzern müsse den Tourismus stärker thematisieren. Man müsse die Vision 2030 angehen unter Einbezug aller Akteure, aber auch der Bevölkerung. Warum soll der Kanton eine stärkere Rolle übernehmen, wenn es um den Tourismus geht? Nicht nur wegen der anstehenden Überarbeitung des Tourismusleitbildes; hier sind wir uns alle darin einig, dass wir einen nachhaltigen Tourismus wollen. Als Grosstadträtinnen und -räte hatten wir immer wieder das Vergnügen, mit der LTAG zusammenzukommen. Sowohl Ferdinand Zehnder als auch andere Anwesenden sind dort eingebunden. Wir wissen es alle, und die LTAG kommuniziert es immer wieder, dass es sich um eine Marketingorganisation handelt, die ihre Aufgabe wahrnimmt und gute Arbeit leistet, aber darum geht es nicht. Aber ihre Aufgabe ist eine andere, nämlich dass der Tourismus in der Stadt, auf dem Land und in der ganzen Zentralschweiz gut funktioniert. Der Kanton hat die Aufgabe, den Tourismus Richtung Nachhaltigkeit bezüglich Ökologie, der Wirtschaft und der sozialen Dimensionen zu steuern. Ob der vorgeschlagene Cluster das richtige Instrument ist, kann verschieden interpretiert werden. Die G/JG-Fraktion ist mit der teilweisen Erheblicherklärung oder der Erheblicherklärung einverstanden. Der Einbezug der Hochschule Luzern mit dem Institut für Tourismuswirtschaft ist auf jeden Fall sehr wichtig.

Bernadette Rüttimann Oehen: Wir sind uns alle darin einig, dass die Tourismuswirtschaft für den Kanton Luzern wichtig ist. Wie die Regierung in ihrer Stellungnahme ausführt, ist sie bereit, eine Gründung und eine Mitfinanzierung eines Tourismus-Clusters zu prüfen, wenn die Initiative von den Akteuren ausgeht und zukünftig eine allfällige Trägerorganisation nachhaltig und substanziell von den Akteuren und den Institutionen selber finanziert werden

kann. Aus Sicht der CVP sollen aber bei dieser Cluster-Organisation nicht nur die grossen Institutionen aus dem Tourismusbereich, der Gastronomie, der Hotellerie und ihren Ausbildungsstätten eingebunden werden. Die Tourismuswirtschaft ist viel grösser und vielseitiger. Zur Tourismuswirtschaft gehören auch der Detailhandel, Luzern als Musikstadt, die Kunst, die Museen, die Kultur, die Berge und ihre Bahnen, die Seen und ihre Schifffahrt und noch viel mehr. Wir wünschen uns für die Luzerner Bevölkerung zukünftig einen attraktiven, originellen und anderen Luzerner Tourismus, der vor allem auf Nachhaltigkeit ausgelegt ist und sich besser mit dem täglichen Leben der einheimischen Bevölkerung verträgt. Aus unserer Sicht sind das Postulat und die damit verbundenen Diskussionen genug Initialzündung, damit die Regierung ein NRP-Vernetzungsprojekt starten kann. Wir finden zudem, dass die Corona-Krise der richtige Zeitpunkt ist, um einen nachhaltigen Tourismus-Cluster anzugehen und aufzubauen. Die CVP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Der Tourismus ist für unsere Region von unbestrittenem Wert. Durch die Pandemie sind im Speziellen der Tourismus und die ihm angegliederten Branchen sehr stark betroffen. In der Tourismuswirtschaft wird im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen schon viel getan, und auch in Zukunft wird viel geschehen. Einige Punkte dazu: Die LTAG nimmt bereits viele Aufgaben einer Cluster-Organisation wahr. Man bündelt dort die verschiedenen Regionen und Sparten. Es geht aber vor allem um Marketing. Es geht aber auch um die Bündelung der Interessen und die Abstimmung der verschiedenen Tourismusbedürfnisse. Im Rahmen der neuen Regionalpolitik initiiert die LTAG eigene Projekte oder begleitet Projekte von Dritten; das ist auch in der Leistungsvereinbarung mit dem Kanton festgehalten. Wir sind daran, ein neues Tourismusleitbild und eine Tourismusstrategie zu erarbeiten. Ihr Rat hat dazu entsprechende Vorstösse überwiesen, die wir ebenfalls mit einbinden. Wir werden dabei sicher auch eine Neuausrichtung des Tourismus prüfen; es geht auch um die Nachhaltigkeit und das Einbinden der verschiedenen wichtigen Stakeholder. Letztlich werden das Tourismusleitbild und die Tourismusstrategie auch Ihrem Rat zur Kenntnis gebracht. Wenn es einen Bedarf gibt, Bildungsinstitutionen und Tourismuswirtschaft noch stärker zu verbinden – zusätzlich zu den erwähnten Prozessen –, sind wir für diese Initiative offen. Es ist vor allem wichtig, dass dieser Prozess und das Anliegen und das Bedürfnis für diesen Cluster von unten und von allen beteiligten Akteuren getragen und anerkannt werden. In diesem Sinn beantragen wir die teilweise Erheblicherklärung. Wenn die Initiative von den Akteuren selber kommt, sind wir sehr gerne bereit, mit unserem Impuls mitzuhelfen, diese zusammenzuführen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung der teilweisen Erheblicherklärung mit 51 zu 49 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 62 zu 40 Stimmen erheblich.